



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

frisch aufgeladen starten mein Team und ich in das neue Jahr. Ich hoffe, euch geht es genauso! Los ging es bei mir mit Klausurtagungen, Neujahrsempfängen, Fachgesprächen und in Berlin mit dem Jahreswirtschaftsbericht. Dieser fällt recht positiv aus, Deutschland hat eine robuste Wirtschaft, was wiederum eine Rekordbeschäftigung nach sich zieht. Dennoch schwächeln einige Branchen wie die Automobil-, Stahl- und Chemieindustrie mitsamt ihren Zuliefererbetrieben. Auf der einen Seite denken wir darüber nach, wie wir hier stabilisieren können. Auf der anderen Seite diskutieren wir Modelle, um mehr Teilhabe von Beschäftigten hinzubekommen. Es bleibt eine spannende Zeit in Berlin, in der wir noch einiges bewegen können.

Was in den Sitzungswochen im Januar sonst noch so passiert ist, lest ihr im Folgenden!

Corona-Virus breitet sich aus

Aktuell beschäftigt wohl jeden von uns die schnelle Verbreitung des Corona-Virus in China. Auch in Deutschland sind erste Fälle bekannt.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat gestern den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Das bedeutet, dass sie Empfehlungen herausgibt, wie Länder sich schützen und eine Ausbreitung verhindern können. Zudem sind die Länder verpflichtet, ihre Maßnahmen miteinander abzustimmen. Mehrere Forschungsteams arbeiten außerdem weltweit an einem Impfstoff.

Deutschland ist gut vorbereitet. Für Panik gibt es folglich keinen Grund. Man hat aus den Erfahrungen der SARS-Pandemie von 2002 gelernt. Erkrankungen können schneller erkannt werden, die Abläufe sind gut organisiert und Personen, die Symptome aufweisen, werden unter Quarantäne gestellt.

Zustimmungslösung bei der Organspende

10.000 Menschen benötigen in Deutschland ein neues Organ. 2019 gab es aber nur 932 Spender. In der Folge sterben jeden Tag drei Menschen, weil sie vergeblich auf eine neue Niere oder Leber warten.

Mit diesen alarmierenden Zahlen ist Deutschland Schlusslicht in Europa! Deshalb haben wir nun im Bundestag eine Reform beschlossen – mit dem Ziel, dass künftig mehr Menschen Organe spenden.

Wie bei jeder Diskussion über ein ethisches Thema war auch diese sehr emotional. Der Fraktionszwang war aufgehoben und es standen zwei fraktionsübergreifend ausgearbeitete Vorschläge zur Debatte.

Durchgesetzt hat sich die „Zustimmungslösung“. Damit bleibt es grundsätzlich bei der aktuellen Regelung: Jeder muss sich aktiv dafür entscheiden, Organspender zu werden. Neu ist jedoch, dass man regelmäßig, zum Beispiel bei Behördengängen, über Organspende informiert wird. Das soll mehr Menschen dazu bewegen, sich für einen Spenderausweis zu entscheiden.

Ich selber habe allerdings für die „Widerspruchslösung“ gestimmt. Dadurch wäre jeder automatisch Spender gewesen, es sei denn man selbst oder ein Angehöriger widerspricht. Niemand wäre also gegen seinen Willen Spender geworden. Man hätte sich lediglich einmal mit der Organspende richtig auseinandersetzen müssen. Ich finde, das wäre den Menschen schon zuzumuten gewesen.

Bundestag muss kleiner und weiblicher werden

Der Bundestag besteht eigentlich aus 598 Abgeordneten – 299 direkt gewählte und 299, die über die Landeslisten einziehen. Aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten sitzen aktuell jedoch 709 Abgeordnete im Parlament – es ist so groß wie nie zuvor. Bei der nächsten Bundestagswahl könnten es laut aktueller Prognosen über 800 werden, der Bundestag wäre dann an seiner Belastungsgrenze angekommen. Da aufgrund von Fristen für die nächste Bundestagswahl die Zeit knapp ist, müssen wir zügig eine Entscheidung treffen. Die Einigung zwischen den Fraktionen ist deshalb so schwierig, weil wir z. B. eine Begrenzung der Anzahl der MdBs wünschen, aber nicht der Wahlkreise. Andere Fraktionen, die momentan wenige Direktmandate gewinnen, möchten diese eher beschränken.

Neben der Verkleinerung ist mir und der SPD-Fraktion wichtig, dass der Bundestag weiblicher wird. Aktuell liegt der Frauenanteil im Parlament nur bei 31 Prozent und ist damit rückläufig. Jetzt besteht die Möglichkeit für Parität zu sorgen – ich hoffe, es wird was!

Einführung einer Wohnungslosenstatistik

In Deutschland haben viele Menschen kein eigenes Dach über dem Kopf. Sie wohnen in Notunterkünften, bei Freunden oder im schlimmsten Fall auf der Straße. Konkrete Zahlen gibt es aber nicht, lediglich Schätzungen. Das ist ein großes Problem, denn so bekommt das Thema nicht die nötige Aufmerksamkeit. Auch zielgerichtete Maßnahmen sind so nur bedingt möglich. Denn Wohnungslose sind häufig nicht in der Lage, die ihnen zustehenden Hilfen anzunehmen.

Daher führen wir jetzt eine bundesweite Statistik zur Wohnungslosigkeit ein, die unter anderem Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Haushaltsgröße erfasst. Zudem soll dokumentiert werden, wo die betroffenen Menschen seit wann leben.

Anhand der Informationen können vor Ort passende Maßnahmen und Präventionsprogramme auf den Weg gebracht werden, um Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Hierüber habe ich auch mit der Diakonie in Dortmund und mit Betroffenen gesprochen. Abgesehen von dem fehlenden Zuhause, empfinden

Menschen, die auf der Straße leben, unsere Nichtbeachtung als Ausgrenzung. Da würde ein Hinsehen und zurückgrüßen schon helfen. Das kann jeder einzelne von uns leisten.

Kommunen erhalten mehr Geld für den ÖPNV

Bus und Bahn als gleichwertige Alternative zum Auto – das ist die Voraussetzung, um den Verkehrsbereich klimafreundlicher und die Luft sauberer zu machen. Daher brauchen wir ein besseres Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln. Der Bund wird die Länder dabei finanziell unterstützen.

Zunächst verdreifachen wir die Fördergelder bis 2021 auf eine Milliarde Euro. 2025 verdoppelt sich der Betrag nochmal auf zwei Milliarden und steigt anschließend jedes Jahr kontinuierlich an. Mit dem Geld können Kommunen bereits bestehende Haltestellen oder Streckenabschnitte sanieren und bei Bedarf neue bauen.

Verkehrsprojekte schneller umsetzen

Wenn Brücken und Straßen nicht gebaut oder repariert werden, liegt es momentan selten am Geld. Das steht zur Verfügung. Doch bei der Planung hakt es. Es ist oft ein langwieriger Prozess: Viele Entscheidungen, häufig auf verschiedenen Ebenen, müssen getroffen werden. Das kostet Zeit und Geld, die Länder sowie Kommunen kommen oft nicht hinterher.

Mit einem Pilotprojekt wollen wir ausgewählte Maßnahmen im Verkehrsbereich beschleunigen. Der Bundestag soll dann per Gesetz die Genehmigung erteilen. Wichtig dabei ist: In Sachen Umwelt und Bürgerbeteiligung gibt es keine Abstriche. Alle nötigen Prüfungen und Anhörungen werden durchgeführt!

Mehr Beratung bei Adoptionen

Bei Adoptionen geht es darum, für Kinder ein liebevolles Zuhause und eine Familie fürs Leben zu finden. Dafür ist wichtig, dass die Beteiligten wissen, was auf sie zukommt und wie sie mit schwierigen Situationen umgehen können. Aus diesem Grund sollen Adoptionsvermittlungsstellen ihr Beratungs- und Unterstützungsangebot ausbauen.

So erhalten alle Beteiligten einen Rechtsanspruch auf professionelle Begleitung vor und nach der Adoption. Auslandsadoptionen werden verboten, wenn sie nicht über eine zugelassene Vermittlungsstelle laufen. Möchte eine Person das Kind der neuen Partnerin oder des neuen Partners adoptieren, wird eine verpflichtende Beratung vor der Adoption eingeführt.

Außerdem wird ein offenerer Umgang mit der Adoption in der Adoptivfamilie gefördert, damit die Adoption gelingt. Eltern werden beispielsweise dabei unterstützt, ihr Kind altersgerecht und frühzeitig über die Adoption aufzuklären.

Am Wochenende bin ich wieder im Wahlkreis unterwegs, z. B. beim Technischen Hilfswerk in Brackel. Der Bund hat die Mittel für das THW erhöht, ich komme also mit froher Botschaft. Zudem bin ich bei

einem Neujahrsempfang in Scharnhorst, einem Treffen mit dem IHK-Präsidenten sowie einer Innung. Und mein Team kommt nach Dortmund. Wir wollen uns für dieses Jahr aufstellen, falls ihr Ideen oder Themenvorschläge habt, meldet euch einfach bei mir.

Ich wünsche euch ein schönes Wochenende!

Eure

Sabine